

## Vorwort



In den letzten Jahrzehnten wurde einiges unternommen, um die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung an die von Nichtbehinderten anzugleichen. Die aktuelle Diskussion um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zeigt, dass der Prozess der Inklusion noch nicht abgeschlossen ist.

Die Notwendigkeit von Inklusion steht außer Frage. Angesichts der demografischen Entwicklung stellt sie uns jedoch vor neue gesellschaftspolitische Herausforderungen. Denn mit einer zunehmend längeren Lebenserwartung von Menschen mit geistiger Behinderung steigt das Risiko, dass diese Menschen im Alter an Demenz erkranken. Die vorliegende Untersuchung, die vom Sozialministerium gefördert wurde, beschäftigt sich mit den Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Behinderten- und Altenhilfe. Darüber hinaus formulieren die Autoren Empfehlungen, wie sich unser Versorgungssystem dieser Herausforderung stellen kann.

Den Autoren des vorliegenden Berichts gebührt Dank, denn ihre systematische Herangehensweise an diese Frage hat zu neuen Erkenntnissen geführt, die uns in der anhaltenden Diskussion einen wichtigen Schritt voranbringen werden.

Sie kommen zu dem Schluss, dass sich die Versorgungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung in Zukunft vermehrt Wissen über Demenz und über den alltäglichen Umgang in der Begleitung von Menschen mit geistiger Behinderung und Demenz aneignen müssen. Sie werden dafür speziell qualifiziertes Personal mit pädagogischen, pflegerischen und gerontopsychiatrischen Kenntnissen benötigen. Auch die Fachkräfte in der Altenpflege werden sich vermehrt Kompetenzen im Umgang mit Menschen mit geistiger Behinderung aneignen müssen.

Zentral ist in der Debatte auch die Frage nach der Form und dem Ort des Wohnens. In Baden-Württemberg können wir auf eine gut ausgebaute Struktur von Einrichtungen der Behindertenhilfe aufbauen. Es weist einiges darauf hin, dass es sinnvoll ist, innerhalb dieser Strukturen Wohnpflegeheime zu

entwickeln. Der Verbleib in der vertrauten Lebenswelt und ein häusliches Wohnen in der Gemeinde sind auch für Menschen mit geistiger Behinderung und Demenz wünschenswert.

Hier überschneiden sich die Ziele, die wir gegenwärtig beim Ausbau der ambulanten Pflegeinfrastruktur verfolgen, mit denen, die wir im Interesse der Menschen mit Behinderung und Demenz anstreben. Die Entwicklung gemeindeintegrierter Wohnformen im Sinne der Inklusion muss demnach mit der Weiterentwicklung einer gemeindeorientierten ambulanten Pflegeinfrastruktur für die gesamte Bevölkerung koordiniert werden.

Dieses Buch leistet einen Beitrag dazu. Ich wünsche ihm deshalb viele Leser.

A handwritten signature in black ink that reads "Katrin Altpeter". The script is cursive and somewhat stylized.

Katrin Altpeter  
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren  
Baden-Württemberg